Umweltamt, 04.11.2026

Mitteilung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 11.11.2026

Aktueller Stand der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland

Ausgangslage und Ziel der Endlagersuche

In Deutschland müssen hochradioaktive Abfälle dauerhaft und sicher gelagert werden. Sie entstehen insbesondere durch abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken sowie durch Abfälle aus der Wiederaufarbeitung. Derzeit werden sie in speziellen, besonders abgeschirmten Behältern (CASTOR-Behältern) in 16 Zwischenlagern im gesamten Bundesgebiet aufbewahrt. Dort befinden sich rund 1.750 Behälter mit insgesamt etwa 27.000 Kubikmetern hochradioaktiver Abfälle.

Obwohl diese Abfälle nur rund fünf Prozent der gesamten radioaktiven Abfallmenge ausmachen, enthalten sie etwa 99 Prozent der gesamten Radioaktivität. Deshalb ist eine dauerhaft sichere Lagerung erforderlich.

Seit 2013 läuft auf Grundlage des Standortauswahlgesetzes (StandAG) ein wissenschaftsbasiertes Verfahren zur Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort. Gesucht wird ein Standort tief im geologischen Untergrund. Nach aktuellem wissenschaftlichem Kenntnisstand bietet diese Form der Lagerung die besten Voraussetzungen, um die Abfälle langfristig von Menschen und Umwelt abzuschirmen.

Bisheriger Stand des Suchverfahrens

Im Jahr 2020 veröffentlichte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den sogenannten „Zwischenbericht Teilgebiete“. Darin wurden 90 Teilgebiete in Deutschland benannt, deren geologische Eigenschaften grundsätzlich für ein Endlager infrage kommen. Sie umfassen rund 54 Prozent der Fläche Deutschlands. Auch das gesamte Stadtgebiet Bielefeld gehört zu diesen Teilgebieten.

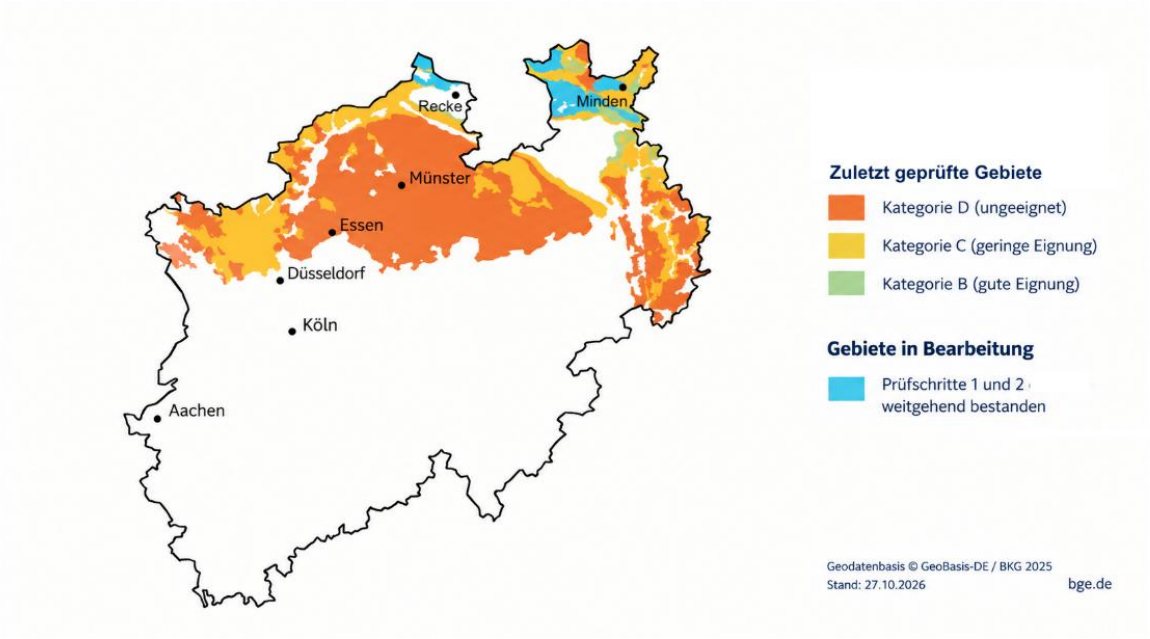
Seitdem werden die zunächst großräumig ausgewiesenen Gebiete schrittweise genauer untersucht und eingegrenzt. In der aktuell laufenden Phase führt die BGE dazu sogenannte repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen durch. Dabei wird geprüft, welche Gebiete aufgrund ihrer geologischen Eigenschaften und der zu erwartenden Sicherheit weiterhin für ein Endlager infrage kommen.

Vorläufige Ergebnisse – Bielefeld scheidet nach derzeitigem Untersuchungsstand voraussichtlich aus

Die am 27. Oktober 2026 von der BGE veröffentlichten Untersuchungsergebnisse zeigen, dass das Stadtgebiet Bielefeld im laufenden Suchverfahren voraussichtlich nicht weiter als potenzielle Endlagerregion betrachtet wird.

Die repräsentativen Sicherheitsuntersuchungen haben ergeben, dass Bielefeld die Anforderungen des aktuellen Prüfschrittes nicht erfüllt.

In Nordrhein-Westfalen kommen nach den aktuellen Ergebnissen nur noch Gebiete in den Kreisen Minden-Lübbecke und Steinfurt als potenziell geeignete Regionen für ein Endlager in Betracht.



Wie geht es weiter?
Die Ergebnisse sind noch nicht endgültig. Die BGE wird die Untersuchungen fortsetzen und die ursprünglich ausgewiesenen Teilgebiete bis spätestens Ende 2027 auf voraussichtlich etwa zehn Standortregionen bundesweit eingrenzen. Diese schlägt sie dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zur Prüfung vor. Nach Prüfung des Vorschlags werden die Standortregionen durch den Gesetzgeber festgelegt. Damit ist allerdings noch keine Entscheidung über den endgültigen Endlagerstandort verbunden. Dieser wird erst in einem anschließenden Verfahren ermittelt, in dem die infrage kommenden Standorte weiter untersucht und miteinander verglichen werden.

i.A.

gez. Möller